

Stellungnahme der FDP Fraktion zum Haushalt 2016 der Stadt Stadtallendorf und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Stadtwerke und Dul

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplan und die Wirtschaftspläne der Stadtwerke und Dul sowie die Änderungen, der Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Grüne sind davon geprägt, dass in Stadtallendorf eine Situation entstanden ist, die zu einem Dilemma führen kann.

Durch die Gesetzgebung des Landes Hessen sind wir in eine Zwickmühle geraten, also eine Situation, die vermeintlich nur zwei Möglichkeiten der Entscheidung zulässt, welche beide aber zu einem unerwünschten Resultat führen.

Nun kann man dazu übergehen, gerade in einer solchen Situation seine Hilfslosigkeit nach außen zu tragen oder man kann den Menschen schonungslos die Ursachen der Misere darstellen.

Man kann aus dieser schwierigen Situation versuchen, das vermeintliche Beste zu machen. Haben Sie Verständnis dafür, einige hier im Haus sind keine Mathematiker, sind auch nicht zahlenverliebt, also es hat sich ja schon seit Jahren eingerichtet, dass die Fraktionen, die beiden großen Fraktionen immer die Zahlen darstellen und die gelten generell übersichtlich wie von anderen dargestellt. Das heißt nicht, dass wir nicht rechnen können, das heißt aber, dass es schwer ist für jemanden, der nur zuhört, der vielleicht gar nicht mit dem Haushalt befasst ist. Das ist doch in Ordnung, das ist doch keine Kritik, ich hab doch nur Verständnis und dass ich das nicht mache.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen dieses Hauses haben in acht Arbeitskreissitzungen zusammen mit der Verwaltung versucht, das vermeintlich Beste herauszubekommen.

Im Ergebnis ist letztlich herausgekommen, dass die Möglichkeiten äußerst begrenzt sind, dass die Vorschläge der einzelnen Fraktionen des Stadtparlaments nur bedingt geeignet waren, eine Änderung herbeizuführen, dass auch die Verwaltung kaum Möglichkeiten gesehen hat, die vom Land Hessen veranschlagte Summe von 2,5 Mio auf andere Weise als hauptsächlich durch Steuererhöhungen zusammenzubekommen.

Herausgekommen ist, dass durch die Steuererhöhungen, durch Leistungskürzungen, durch Verschiebung von Sanierungs- und weiteren Maßnahmen und, das hat noch keiner angesprochen, das ist auch wichtig, durch beabsichtigte Gebührenerhöhungen im Kindergartenbereich und im Friedhofsbereich eine vermeintliche Verbesserung erreicht werden soll.

Man mag sich dahinstellen und sagen, man hätte das Beste versucht.

Man kann dann resigniert mitteilen, dass es leider dann doch zu den die Bürger stark belastenden Maßnahmen gekommen ist und sich damit zufrieden geben.

Die mehrfachen Versuche der CDU-Fraktion, durch Änderungsvorschläge, aber auch – wie vorliegend – durch Anträge zum Haushalt eine Besserung herbeizuführen, sind zwar lobenswert, bringen aber im Endeffekt nichts, sie verlagern das Problem nur auf die Zukunft.

Es gilt eindeutig, dass Stadtallendorf eine der am meisten geschädigten Kommunen einer fehlerhaften Politik des Finanzministers Schäfer, d. h. der Hessischen Landesregierung aus CDU und Grünen ist.

Die kommunale Selbstverwaltung wird vom Land für Stadtallendorf aufs äußerste eingeschränkt.

Die Frage ist nur, ob man dies nach außen kund tut oder ob man „den Tatsachen gehorchend“, in der Manier von Staatsräson, alles schluckt und sich den Gegebenheiten beugt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das will die FDP-Fraktion nicht und das werden wir auch nicht tun.

Wir haben uns über mehrere Monate im Haushaltskonsolidierungsausschuss beteiligt und erkannt, dass Stadtallendorf durch viele gleichzeitige Investitionsmaßnahmen sich auf ein Kostenniveau begeben hat, das uns nunmehr (ob es um Abschreibungen geht, den Folgekosten etc.) das uns nur einholt.

Als Beispiel sind die höheren Abschreibungsbeiträge beim Bauhof und auch die höheren Unterhaltskosten beim Schwimmbad zu nennen.

Wir sehen die Kostenspirale beim Bauhof eigentlich noch längst nicht am Ende.

Da kommt demnächst noch der Finanzmittelbedarf bei endgültiger Fertigstellung und der Endabrechnung auf uns zu.

In diese schwierige Situation für Stadtallendorf ist dann ziemlich grobschlächtig die neue gesetzliche Regelung des Landes Hessen auf Stadtallendorf herabgekommen und hat – die Besonderheiten Stadtallendorfs völlig außer Acht lassend – mit grober Leiste dazu geführt, dass Stadtallendorf die sagemuwobenen mehr als zwei Millionen Euro zusätzlich an vermeintlicher Solidarität erbringen muss.

Diese Gesetzgebung des Landes Hessen macht den Eindruck, als hätten Excel-Tabellen für das Gesetz Pate gestanden.

Die Individualität und die besonderen Lagen vor Ort haben hier sicher keine Rolle gespielt.

Nun mag es sein, dass man so etwas zu spät erkennt – dann ist aber immer noch die Möglichkeit gegeben, dies nachträglich zu regeln, zu ändern, zu verbessern.

Diese Chance hat das Land Hessen aber verpasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gegen den Willen sämtlicher kommunaler Spitzenverbände und vieler Kommunen hat das Land Hessen die ungerechte Regelung durchgesetzt und Stadtallendorf soll nunmehr bestraft werden.

Zunächst hat man versucht, mit verschiedenen „Nachberechnungen“ die Situation für Stadtallendorf gut zu rechnen.

Das ist durch die Landesbehörden nicht gelungen.

Die Berechnungen waren nämlich teilweise unvollständig und fehlerhaft.

Dann hat man durch anderweitige Berechnungen (die letztlich darin mündeten, wir hätten ein Ausgabenproblem) die Verantwortung schlichtweg einfach Stadtallendorf zugeschoben.

Wir alle wissen, dass wir hier für eine solche Gesetzgebung nicht verantwortlich sind.

Meine Damen und Herren, wir erkennen an, dass sowohl die Verwaltung als auch die Parlamentarier im großen Umfang versucht haben, die Folgen zu minimieren.

Das mag auch teilweise mit dem heutigen Änderungsantrag versucht werden, doch bleibt es dabei: die Verantwortlichen sind zu benennen, sie sind auch in der Öffentlichkeit herauszustellen.

Wir fühlen uns in der Kritik an der Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) durch die Experten, die sich bei verschiedensten Anhörungen im Hessischen Landtag gegen die Vorgaben der Landesregierung ausgesprochen haben, gestärkt.

Für die Bürgerinnen und die Bürger haben die Landesgesetze vor allem mit der massiven Erhöhung der Gemeindesteuern dramatische Auswirkungen.

Es wird aber zusätzlich auch in Stadtallendorf, die ohnehin durch die Erlasse des Landes rotierende Steuererhöhungsspirale noch erheblich beschleunigt werden und damit die Grund- und Gewerbesteuern für Hausbesitzer und Gewerbetreibende – auch in den nächsten Jahren - in die Höhe getrieben werden.

Wer von bezahlbarem Wohnraum spricht, auf der anderen Seite aber die Nebenkosten für Mieter in die Höhe treibt, verliert jede Glaubwürdigkeit.

Die CDU/Grüne Landesregierung hat einen Umverteilungsmechanismus unter den Kommunen in Gang gesetzt, bei dem die Erfolgreichen wie Stadtallendorf verlieren, bei dem jeder nur sieht, wie er an das Geld des Anderen kommt und bei dem man wohl aus dem Blick verlieren soll, dass das Land Hessen sich einen „schlanken Fuß“ macht und sich an der Finanzierung nicht beteiligt.

Wir können es nicht verantworten, dass in Stadtallendorf von großen Industriebetrieben über Arbeitsplatzabbau und teilweisen Betriebsverlagerungen geredet wird.

Wir können es aber insbesondere nicht dem Kaufmann, dem Handwerker, den Händlern und anderen Gewerbetreibenden gegenüber verantworten, wenn aufgrund der Entscheidung der Hessischen Landesregierung diese mit höheren Gewerbesteuerbeiträgen zusätzlich „zur Kasse“ gebeten werden.

Wir können es auch den Eigentümern von Wohn- und Miethäusern, aber auch den Mietern gegenüber nicht verantworten, wenn aufgrund dieser die Grundsteuern erhöht werden und damit direkt als Zahlungsverpflichtung für die Eigentümer, aber auch indirekt als Betriebskostenerhöhungen auf Seiten der Mieter sich das auswirkt.

Auch wenn der gemeinsame Antrag von SPD und Grüne nunmehr die Verminderung der Steuermehrerträge und damit eine Verminderung der Prozentpunkte für die Steuersätze zumindest bei der Grundsteuer A und B beinhaltet, bleibt Folgendes festzuhalten:

1. Im Ursprungsplan waren Steuermehreinnahmen bei der Grundsteuer A von ca. 15.000 € angesiedelt, nunmehr soll es nur noch ca. die Hälfte sein.

Tatsache bleibt aber: wegen der fehlerhaften Politik der Landesregierung wird die Grundsteuer erhöht.

2. Wenn bei der Grundsteuer B von ursprünglich 790.000 € nur 375.000 € weniger eingenommen werden sollen, bleibt es auch hier dabei, dass ein erheblicher Mehrbetrag durch Steuererhöhungen von den Bürgern verlangt wird.

Wenn die Gewerbesteuer auf den Nivellierungssatz erhöht wird, bleibt es dabei, dass insbesondere die kleineren Unternehmen, die nicht in großem Stil abschreiben können, hier zur Kasse gebeten werden.

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, dass Sie dem Antrag und damit auch dem Haushalt von den Parteien, die beteiligt sind, dass Sie dem Antrag zustimmen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir das nicht tun werden.

Wir werden nicht dem Finanzminister Schäfer und der Hessischen Landesregierung die Hand reichen und denen den Gefallen tun, die dortige Politik hier auch noch zu exekutieren.

Wir stehen dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung erhalten bleibt und werden durch die Ablehnung dieses Haushalts ein Zeichen nach außen setzen.

Die FDP setzt sich auch im vorliegenden Haushalt für eine aufrichtige, wahrheitsgemäße und ehrliche Darstellung der Auswirkungen des neuen kommunalen Finanzausgleichs auf Stadtallendorf ein.

Wir treten dafür ein, dass den Menschen nicht der Kopf verdreht wird und dass durch die Entscheidungen, die sich erst nach der Wahl finanziell auswirken sowieso eine Hoffnung, dass die Menschen das sowieso nicht verstehen, die Aufrichtigkeit leidet.

Wir sind gegen jegliche Schönfärberei und deshalb werden wir auch dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Der Änderungsantrag hat dem Inhalt nach hauptsächlich die Funktion eines Verschiebens von Problemen in die Zukunft.

All das, was dort nunmehr vorgenommen werden soll, wird uns in der Zukunft eindeutig wieder einholen.

1. Soweit die Grundsteuer A nunmehr nicht mehr um 15.000,00 € erhöht werden soll, sondern nur einen Betrag von ca. 7.500,00 €, bleibt es bei ehrlicher, wahrhaftiger und aufrichtiger Betrachtungsweise bei einer eindeutigen Steuererhöhung, für die Menschen.

2. Es gilt aber auch, dass das, was hier jetzt nicht erhöht wird, durch die ungerechte Regelung herbeigeführt, in den Folgejahren zusätzlich zu erhöhen sein wird.

Die Nivellierungssätze werden sowieso steigen, das ist in dem System so angelehnt. Denn die Nivellierungssätze werden in den nächsten Jahren immer auf ein neues, höheres Niveau gehen und wir werden immer und immer wieder gehorchen müssen, wenn wir keine Strafe zahlen wollen.

Meine Damen und Herren, hier muss man ein Zeichen setzen.

Das gilt es den Stadtallendorfern offenzulegen.

3. Das gilt auch im Hinblick auf die Grundsteuer B. Es wird also so sein, dass die Eigentümer von Hausgrundstücken weiterhin mit 420.000 € zusätzlich belastet werden.

Zur Wahrheit gehört ganz klar, dass das, was nunmehr als vermeintliche Milderung des Anstiegs durch den Antrag verkauft werden soll, in den nächsten Jahren wieder „hereinzuholen“ ist. Die Anhebung der Nivellierungssätze wird dann ebenfalls eine Rolle spielen, so dass dann hier zur Aufrichtigkeit gehört, dass in den Jahren 2017 und 2018 und danach die Erhöhung überproportional ausfallen wird.

Meine Damen und Herren, wir werden das den Menschen gegenüber kommunizieren und wir werden das immer wieder darstellen.

Es entsteht der Eindruck, dass durch diese Vorgehensweise hier in dem Hause den Menschen die Wahrheit nur häppchenweise zugemutet werden soll.

4. Im Hinblick auf die Erhöhung der Gewerbesteuer kann und wird dies Arbeitsplätze in Stadtallendorf kosten. Nicht ohne Grund hat der Bürgermeister in den vielen Haushaltsberatungen immer wieder darauf hingewiesen, wie groß der Kostendruck durch die Industrieunternehmen ihm gegenüber beschrieben wird. Einzelne Industriebetriebe sind derzeit aktiv dabei, sich im Ausland umzusehen oder sie investieren dort teilweise schon.

Das können die kleinen Gewerbetreibenden nicht. Sie sind die eigentlichen Leidtragenden dieser Steuererhöhungen.

Aber auch hier gilt: das Land Hessen wird auch hier die Nivellierungssätze in den nächsten Jahren jeweils erhöhen. Die Steuererhöhungsspirale ist bereits beschrieben worden und es gilt, dass wir immer weiter überweisen sollen.

Meine Damen und Herren, das muss den Menschen klar und deutlich erklärt werden. Wenn ich jetzt die Kommunen in diesem Jahr dazu bringe, die Gewerbesteuer z. B. zu erhöhen, dann werde ich im nächsten Jahr einen anderen Durchschnitt haben, nämlich einen höheren. Und so wird das über Jahre weitergehen und wir werden uns hier in diesem Hause damit noch oft zu befassen haben.

5. Wenn bei Aufwendungen für Instandhaltungen 150.000 € weniger angesetzt werden, müssen die Instandhaltungen in den nächsten Jahren trotzdem verlangt werden und durchgeführt werden. Das ist nur später in die Hauspläne dann einzubeziehen. Es handelt sich also um eine Verschiebung der Maßnahme.
6. Gleiches gilt für die Position Instandhaltung von Wegen und Plätzen.

Warum Dul bei den Kostenmieten 125.000,00 € weniger eintragen wird, lässt sich noch nicht ganz nachvollziehen. Hier scheint tatsächlich erhebliches zusätzliches Sparpotential vorhanden zu sein.

7. Wenn das Hallenbad erst später in Betrieb genommen wird und damit rechnerisch etwas eingespart wird, mag dies so sein.

Ich darf aber für die FDP darauf hinweisen, dass es sich hier um eine trickreiche Veranstaltung handelt, um Buchungspositionen werden einfach verändert, die sowieso von der Haushaltshöhe her, von dem was da verändert wird, nicht die allergrößten Auswirkungen haben.

8. Meine Damen und Herren, zur Ehrlichkeit gehört auch, dass die Verschiebung der Fassadenerneuerung mit Dämmung in Schweinsberg, dass die Verschiebung des Fassadenanstrichs im Feuerwehrgerätehaus, nehmen wir als Bürgerhaus, dass die Verschiebung des Putzanstrichs im Bürgerhaus Erksdorf und in der Friedhofshalle in der Kernstadt lediglich einen Verschiebeparkhof darstellen. Das zu dem Änderungsantrag.

Substanziell geschieht kaum etwas. Letztlich dient alles nur dazu, vermeintlich bessere Zahlen zu erreichen und dies wohlwissentlich vor dem Hintergrund, dass uns auch diese vermeintlichen Verbesserungen in den nächsten Jahren einholen werden.

Meine Damen und Herren, zu diesem Änderungsantrag bleibt abschließend festzustellen, dass dieser nur dazu dient, die wahren Probleme zum großen Teil zu verschleiern.

Der Änderungsantrag spricht keine offene, klare, für Bürger verständliche Sprache.

Er ist offensichtlich vor dem Hintergrund gefertigt worden, dass die Verantwortlichen für die schlimmen Auswirkungen der neuen Gesetzgebung des Landes Hessen kaum benannt werden sollen und damit – dafür haben wir als FDP-Fraktion durchaus Verständnis – besonders den Grünen und der CDU vor Ort geholfen werden soll.

Wir verkennen nicht, dass die beiden Fraktionen in einer noch schwierigeren Situation als die Stadt sind.

Beide Fraktionen müssen vor Ort in Stadtallendorf die Prügel kassieren, die eigentlich die Landesparteien bzw. die Landesregierung zu verantworten hat.

Und jetzt, Herr Goetz, Sie sprachen von einer Sternstunde bei diesen massiven Steuererhöhungen für die Bürger. Das ist für uns bei weitem keine Sternstunde. Eine Sternstunde und diese lange Sternstunde war eine gute Zusammenarbeit unter den Fraktionen seit fast fünf Jahren. Mag am Anfang etwas schlechter gewesen sein, vielleicht auch am Ende etwas schlechter, aber diese Steuererhöhungen als Sternstunde zu bezeichnen, das ist ein sehr scharfes Stück, zumal versteh ich gar nicht, dass Sie sich dazu ... Ich hab keinen Vorschlag von Ihnen gehört, der in diesem Antrag aber auch keinen gelesen, der in diesem Antrag enthalten ist. Dass die Vorschläge die CDU gemacht hat, die CDU wollte das was gutmachen, aber von Ihrer Fraktion ist kein einziger dabei. Kein einziger Vorschlag.

Wir sprechen das an, was den Bürgern offenbar nicht zugemutet werden soll.

Jeder Bürger in Stadtallendorf soll eindeutig verstehen, dass die kommunale Selbstverwaltung massiv gefährdet ist.

Die wenigen erfolgreichen Kommunen, wie Stadtallendorf, werden immer mehr in Bedrängnis gebracht, so dass das Land Hessen Einfluss auf die kommunale Selbstverwaltung nimmt und mithin den Kommunen vorschreibt, was zu geschehen hat.

Man ist auf dem besten Wege, französische Verhältnisse einzuführen, bei denen ja der Staatsapparat von oben herab bis in die letzte Verästelung durch Staatsregierungen zentral bestimmt wird.

Wir werden dem Änderungsantrag nicht zustimmen, weil er dazu dient, die Probleme und die Verantwortlichkeiten zu verschleiern.

Es werden hier nur kosmetische Veränderungen durchgeführt und die Schminke wird spätestens im nächsten oder im übernächsten Jahr dann nicht mehr zu erneuern sein.

Wir gehen davon aus, dass uns – wie es hinsichtlich der Steuererhöhungsspirale zu erwarten ist – im nächsten Jahr die gleichen Probleme wieder einholen werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt wird es erforderlich sein, dass die Verwaltung endlich an die Substanz geht und den dort befindlichen Gestaltungsspielraum, das hat der Herr Lang eben schon mal dargestellt, aufzeigt.

Dann müssen auch die einzelnen Kosten schonungslos offengelegt werden.

In Übereinstimmung mit Vielen in diesem Hause ist auch die FDP der Auffassung, dass hier eine konkrete Bringschuld der Verwaltung vorliegt.

Das ist aber Zukunftsmusik und darüber werden wir uns spätestens nach der Sommerpause 2016 neu unterhalten müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion wird weder dem Haushalt, noch dem Änderungsantrag oder den Wirtschaftsplänen zustimmen.

Wir setzen damit ein Zeichen nach außen, um den Menschen in Stadtallendorf darzustellen, dass ihre Leistung, ihr Fleiß und ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, von der Hessischen Landesregierung nicht honoriert werden.

Stadtallendorf und seine Bürger werden bestraft und das wollen wir nicht hinnehmen.

Ich möchte für die FDP-Fraktion allen Beteiligten, die seit Monaten versucht haben, die unerträgliche Situation für Stadtallendorf zu verbessern, meine Anerkennung aussprechen.

Das sind Parlamentarier und Verwaltungsmitarbeiter.

Meine Damen und Herren, für Ihr geduldiges Zuhören bedanke ich mich.